

Riefner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postanschrift: Riefner Tageblatt.
Gemein Nr. 50.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbauverwaltung beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröden.

Postfachamt: Dresden 1330
Cirkular Riesa Nr. 52.

Nr. 29.

Freitag, 3. Februar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 11.— Mark einschließlich Briefporto. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 2,50 Mark; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, Nachdrucken und Besondere Anordnungen sind nach Vereinbarung zu zahlen. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Kosten der Anzeigen zu bezahlen. Die Riefner Zeitungsdruckerei, der Verleger oder der Vertriebsbeauftragte hat die Verantwortung für die Richtigkeit der Anzeigen zu übernehmen. Im Falle jählicher Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen in Rostock gerät der Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzekestr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schäfer, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Ausgabe der Bezugsausweise für Zucker an die Sozial- und Kleinrentner

erfolgt Montag, den 6. Februar 1922, nachmittags 2—5 Uhr gegen Abgabe des bei der Anmeldung erteilten Nummernausweises im Rathaus, Zimmer Nr. 15.
Der Rat der Stadt Riesa, den 1. Februar 1922.

Der Eisenbahnbeamten-Streik.

Nach einer Meldung aus Berlin beabsichtigt der Reichsverkehrsminister im Laufe des gestrigen Nachmittags eine neue Verfügung herauszugeben, in der die Streikenden unter Androhung strafloser Entlassung zur Aufnahme des Dienstes binnen zwei Stunden aufgefordert werden. Außerdem wird geplant, sämtliche Führer der am Streife beteiligten Verbände festzunehmen und der weiteren Agitation den Boden zu entziehen. Zwei Führer der Eisenbahnstreikbewegung sind Donnerstag morgen in Berlin festgenommen worden, der Lokomotivführer Sperlbaum aus Nowawes, der Erster Vorsitzender der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer ist und zugleich dem Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten angehört, ferner der Eisenbahnverkehrsinspektor Fänger aus Berlin, der Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Reichsgewerkschaft ist und das Amt des Kassierers verkleidet. Gegen beide ist ein vorläufiges Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten eingeleitet worden. Ferner hat die Reichspräsidenten eingeleitet werden. Ferner hat die Reichspräsidenten eingeleitet werden. Ferner hat die Reichspräsidenten eingeleitet werden.

Aus Berlin wird weiter gemeldet: Der Streik erstreckt sich in erster Linie auf das Zugpersonal, also die Lokomotivführer. Vom Verkehrsministerium wird erklärt, daß die Lage besonders in den westlichen Industriegebieten als sehr ernst betrachtet wird. Die Lokomotivführer sind in Breiten nahezu geschlossen in den Streik getreten. Die Eisenbahndirektionspräsidenten sind vom Verkehrsministerium angewiesen worden, von der Verwendung des Reichspräsidenten vom gestrigen Tage weitgehenden Gebrauch zu machen. Das Aktionskomitee der streikenden Gewerkschaft ist bis jetzt unauffindbar gewesen. Die Technische Nothilfe ist nunmehr in einer Reihe von Eisenbahndirektionsbezirken eingeleitet worden, so in Dresden, Breslau, Magdeburg, Berlin und Münster. In Berlin dürfte mit einer baldigen Verstärkung des Einsatzes der Technischen Nothilfe gerechnet werden.

Die Lage

wurde am Donnerstag abend im Reichsverkehrsministerium wie folgt beurteilt: Der Streik hat sich im Laufe des Tages weiter ausgedehnt und umfaßt außer den Lokomotivführern jetzt auch noch einen Teil des sonstigen Zugpersonals, dagegen auch jetzt nicht das stationäre Personal und das Gleispersonal. In Süddeutschland ist vom Streik entgegen anderen Berichten noch nichts zu merken. Die Regierung hat nunmehr einen klaren Überblick über die Gesamtlage gewonnen und bereitet einen Nachvertrieb vor. Zum Teil hat auch bereits eine Anzahl höherer technischer Beamter den Dienst auf der Lokomotive übernommen. In erster Linie kommen naturgemäß für den Notvertrieb die Transportzüge für Milch, Kohle und Lebensmittel in Frage. Inwiefern es gelingen wird, in den Notvertrieb auch Personalverträge oder sogar D-Züge einzusetzen, läßt sich noch nicht voraussagen. Wenn auch die Lokomotivführer eine an sich verhältnismäßig geringe Zahl unter dem großen Heere der Eisenbahnbeamten darstellen, so sind sie doch wegen der für ihren Posten notwendigen besonderen Ausbildung nur schwierig zu ersetzen.

Der Vorstand des Verbandes der Postbeamten hielt gestern eine Sitzung ab, in der darüber Beschlüsse gefaßt werden sollte, ob sich der Verband der Post- und Telegraphenbeamten dem Streik anschließen soll oder nicht. Ebenso wie der Verband der Post- und Telegraphenbeamten hat auch der Verband der Zugsbeamten erklärt, die streikenden Eisenbahnbeamten durch einen täglichen Zuschuß von 15000 M. zu unterstützen.

Die Bahnhofsbesetzung des Verkehrs.

In Berlin wurden am Donnerstag im Fernverkehrsverkehr einzelne Züge in der Richtung nach Hamburg, Hannover, Götting, Breslau und Königsberg gefahren, da die Lokomotiven mit auswärtigem Personal besetzt werden konnten. Im übrigen ist der Verkehr eingestellt worden. Nach Meldungen aus Hannover, Osnabrück, Essen, Dortmund, war dort gestern der gesamte Verkehr eingestellt. In Mecklenburg verkehrten gestern noch alle Züge sparsam. In Eisenbahndirektionsbezirk Stettin war der Zugverkehr nur im mäßigen Umfang noch aufrecht erhalten. Wie der „Weltliche“ meldet, sind alle von Berlin kommenden Züge in der Nacht in Schneidmühl liegengeblieben. Der Verkehr durch den polnischen Korridor ist unterbrochen. In Thüringen stockt der Verkehr fast vollständig. In den größeren Städten wie Weimar, Eisenach, Suhl, Ilmenau, Saalfeld, Dildburghausen usw. ruht der Eisenbahnbetrieb. In Eisenach wurde der um 1 Uhr 19 Minuten von Götting abgehende D-Zug nach Frankfurt a. M. von streikenden Arbeitern aufgehalten, die die Reisenden zum Verlassen des Zuges zwangen. Seitdem ruht der Verkehr. Im Frankfurter Bezirk ist fast der gesamte Eisenbahnverkehr lahmgelegt. Der überaus wichtige Verkehr nach dem Ruhrgebiete ist vollständig unterbrochen. Über 800 Reisende liegen in Fulda fest. An dem Streik ist das gesamte Lokomotivpersonal beteiligt. Die anderen Beamten nehmen nicht teil.

Die Mehrheit der Dresdner Beamten gegen den Streik.

Den bis Donnerstag abend eingegangenen Meldungen zufolge hat im Bereiche der Eisenbahn-Gewerkschaft in Dresden die ganze überwiegende Mehrheit der Eisenbahnerpersonele dem Streikbeschluß der Reichsgewerkschaft keine Folge geleistet. So ist in den Bezirken der Eisenbahn-Gewerkschaft Dresden-Stadt und Dresden-Rustadt das Stationspersonal völlig und das Fahrpersonal fast vollständig am Dienste erschienen. Die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß ein Teil des Stationspersonals in den Aufstand getreten sei, trifft nicht zu. Dagegen ist die große Mehrheit der Lokomotivpersonals, soweit es sich um Lokomotivführer handelt, trotz aller Warnungen und Demüngen innerhalb der eigenen Anhängerschaft, auf die Streikparole der Reichsgewerkschaft hin in den Streik getreten, jedoch der regelmäßige Jungvertrieb am Donnerstag vormittag im wesentlichen zum Erliegen kam. Trotz der Arbeitsüberlegung dieser Beamtengruppe ist es den fortgesetzten Bemühungen der Eisenbahnverwaltung gelungen, einen Notstandsbetrieb für die lebenswichtigsten Güter einzurichten. Auch im Personenverkehr konnte ein veringertem Betrieb in einzelnen Verkehrsbeziehungen aufrechterhalten werden.

Einrichtung eines umfangreichen Automobilverkehrs.

Um den Verkehr einigermassen aufrechtzuerhalten, hat die Staatliche Kraftwagengesellschaft in Dresden einen lebhaften Automobilomnidibus-Verkehr eingerichtet. Es werden Omnibusse nach Freiberg, Chemnitz, Leipzig, Pirna, Bautzen und Meissen abgefahren. Desgleichen kündigt die Verwaltung der Gesellschaft an, daß sie bei genügender Beteiligung (20 Personen) jederzeit bereit sei, weitere Omnibusse in Verkehr zu setzen.

Ueber die Streiklage in Ostböhmen wird gemeldet:

Der Bahnbetrieb in Bautzen ist so einseitig, daß der Verkehr jeden Augenblick wieder aufgenommen werden kann. Es sind vorwiegend Angehörige der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und deren Anwärter, die in Bautzen etwa zwei Drittel aller Bahnbeamten und Angehörigen umfaßt, an dem Streik beteiligt. Das Lokomotivpersonal streikt vollständig. In Eibau sind am Donnerstag vormittag nur die Fernzüge nicht angekommen. In Zwickau ist der gesamte Güterverkehr unterbrochen. Dagegen ist es gelungen, einige Personenzüge abzufertigen. In Plauen i. V. war Personen- und Güterverkehr gestern vormittag normal. Die Züge sind mit geringer Verspätung abgegangen. Alles Personal ist zum Dienste erschienen. Es hatten sich auch Reichsbahn- und Adorf dem Streik gestern vormittag noch nicht angeschlossen.

Folgen des Eisenbahnstreichs.

Die Stilllegung einer Anzahl industrieller Betriebe in Leipzig, deren Arbeiter in der Hauptsache auswärtig wohnen, ist infolge des Eisenbahnstreichs unermesslich. Die Benutzungsunter der Bevölkerung ist im Wachsen begriffen.

Streik in den Leipziger Städtischen Werken.

In Leipzig streikten seit gestern nachmittag die Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner lehnt den Streik ab.

Das Vorgehen der Reichsgewerkschaft eine Narrenvolllist.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Reichsgewerkschaft hat bei Eisenbahnbeamtenstreik proklamiert. Sie hat verurteilt, sich mit den übrigen großen Organisationen der Eisenbahner in Verbindung zu setzen, und dadurch auf eine Einheitsfront vorzubereiten. Damit ist dieser Bewegung von vornherein jede Möglichkeit eines durchschlagenden Erfolges genommen, um so mehr, als große Gruppen der Reichsgewerkschaft öffentlich gegen den Streik Stellung nehmen und das Vorgehen der Reichsgewerkschaft als Narrenvolllist bezeichnen. Der Streikbeschluß läßt die erforderliche Zweidrittelmehrheit vermissen. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter hat gemeinsam mit ihrer Spitzenorganisation, dem Gesamtverband deutscher Eisenbahner und Staatsangehöriger, erneut sofort Verhandlungen mit der Regierung eingeleitet. Diese Verhandlungen sind heute zu einem vorläufigen Abbruch gekommen. Ihre Ergebnisse beziehen sich in der Hauptsache auf die Ueberbrennungszugung an Beamte und Arbeiter, deren schnelle Aufhebung gefordert ist, auf sofortige Gewährung der Hängerzulage, sofortige Auszahlung rektlicher diätarischer Zulage usw.

Angeichts der gegenwärtigen ersten Lage lehnt der große Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter den Eisenbahnstreik der Reichsgewerkschaft ab. Vielmehr hat jedes Mitglied der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nach wie vor seinen Dienst auszuüben. Wer dabei seinen streikenden Kollegen nicht in den Rücken fallen will, möge bedenken, daß das Fahren von lebensnotwendigen Zügen keine Streikarbeit ist. Der Trans-

port von Lebensmitteln, Milch und Kohlen muß ebenso wie ein notwendiger Berufsverkehr gesichert werden. Der große Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter beauftragt den geschäftsführenden Vorstand der Gewerkschaft, angesichts der allgemeinen Notlage und der Strömungen, die die Gefahr einer Entrechtung der Beamten und Arbeiter im Gefolge haben, für eine Beseitigung des Notstandes energisch zu wirken und die Rechte der Beamten und Arbeiter zu wahren. Der vorstehenden Erklärung haben sich die Deutsche Verkehrsbeamtenenschaft und der Verband Deutscher Eisenbahnmänner angeschlossen.

Der „Vorwärts“ zum Streik.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Es ist auch ein Unterschied, ob Arbeiter eines privatkapitalistischen Betriebes streiken oder ob Beamte des Staates es tun, die durch ihre Arbeitsverweigerung Staat und Wirtschaft an den Rand des Abgrundes bringen können. Niemand hat diesen Unterschied klarer erklärt als der sächsische Minister des Innern, der Unabhängige Lipinski. Er war es, der in der Sitzung des Sächsischen Landtages vom 4. Oktober 1921 folgendes anführte:

„Daß die Beamten als Gewerkschaft im Sinne der Arbeiter nicht in Betracht kommen, daß geht doch daraus hervor, daß die Beamten nicht wie die Arbeiter auf die wirtschaftliche Konjunktur angewiesen sind, sondern eine dauernde Stellung genießen. Das ist doch das Wesen des Beamtenverhältnisses, daß, wenn sie sich nicht verschließen auszukommen konnten, wenn sie sich nicht verschließen in ihrer Stellung gesichert sind. Der Arbeiter aber ist von der Konjunktur abhängig; ist der Beschäftigungsgrad groß, wird er beschäftigt, ist er niedrig, wird er entlassen. Er hat die Unbill der wirtschaftlichen Konjunktur allein zu tragen und hilflos zu überwinden. Er steht in seiner gesicherten Stellung, und deshalb muß er auch im Lastenlampe immer seine Lebenshaltung den wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen. Dieser Kampf beschäftigt uns fortgesetzt, weil die Lebensmittelpreise und die Preise für alle Bedarfsartikel ungeheuer steigen und das Einkommen damit nicht gleichen Schritt hält. Wie der Unternehmer zur Auswertung greift, so der Arbeiter zum Streik. Ein solches Recht hat der Beamte nicht, kann er nicht haben. Seine Stellung ist lebenslanglich gesichert, unter ganz bestimmten Anteilen festgelegt. Er hat nicht bloß den Staat als Arbeitgeber gegen sich, sondern er hat zur Abfertigung von Mängeln die entscheidenden Körperlichkeiten für sich. Er kann durch Verzichtnahme der entscheidenden Körperlichkeiten den Willen des Volkes erkennen und sich auf den Willen des Volkes einstellen. Er hat also nicht nur dem Willen des Volkes Stempel zu führen wie der Arbeiter, er kann deshalb auch in keiner Organisation nicht die gleichen Mittel anwenden wie der gewerbliche Arbeiter.“

Wenn schon jede Arbeitergewerkschaft es sich dreimal überlegen muß, ob sie zum letzten Mittel greifen soll oder nicht, so muß eine Beamten-gewerkschaft es sich zehnmal überlegen. Schon gar, wenn es sich um eine Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten handelt, die nach einem bereits oder berüchtigt gewordenen Wort „die Hand an der Wurzel des Staates hält“.

Die angebliche Heuerung von Stinnes in London.

Zu der Entgegnung der „D. N. Z.“ auf die Veröffentlichung des Berichtes des Londoner Korrespondenten der „Frankf. Stg.“, monoch Stinnes in London die Veröffentlichung der deutschen Reichseisenbahnen vorgeschlagen haben soll, schreibt die „Frankf. Stg.“ im gestrigen Abendblatt: Man sieht, die Empörung ist sehr groß. Es ist etwas sehr Schade, daß nicht Herr Stinnes selbst die Antwort gibt, sondern die ihm gehörende Zeitung, und es ist weitens sehr bedauerlich, daß wir wohl sehr bestige Worte, aber auch nicht eine Andeutung von Tatsächlichkeiten zu hören bekommen. Nach heftigen Ausfällen gegen die „D. N. Z.“ erklärt es die „Frankf. Stg.“ als außer allem Zweifel stehend, daß Stinnes damals keine auf die Privatisierung der Eisenbahn gerichteten Pläne auch in London weiter zu treiben versuchte, was der politischen — richtiger gänzlich unpolitischen! — Volkswirtschaft des Herrn Stinnes ganz entpöde. Es bleibt das 500-Millionen-Angebot, und nach dem, was unser Londoner Korrespondent, der zuerst auf Reisen ist, uns darüber berichtet, haben wir alles Recht, seine Informationen auch in diesem Punkte für authentisch zu halten. Denn Herr Stinnes selbst zu solcher Klarstellung zu reden wünscht, so werden wir dies sehr begrüßen. Es wird dann über das Problem des Politikers Stinnes auch noch einiges mehr zu sagen sein. — Es wäre allerdings mündenswert, wenn Stinnes selbst sich äußern würde.

Sitzung des Gesamtverbandes des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Der Gesamtverband des Verbandes Sächsischer Industrieller trat am 20. Januar unter Vorsitz des Herrn Otto Moras zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Anfrage des Reichswirtschaftsrates an die industriellen Verbände wegen der Reue...